

## **Linksextremistischen Terror stoppen – Sicherheit gewährleisten, kritische Infrastruktur schützen**

Der linksextremistische Anschlag auf das Berliner Stromnetz am 3. Januar 2026 war ein Angriff auf die Sicherheit unserer Stadt und auf das Leben der Menschen in Berlin. Mit der gezielten Sabotage zentraler Energieversorgung wurde bewusst in Kauf genommen, dass Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Familien und besonders schutzbedürftige Menschen in akute Lebensgefahr geraten.

**Dieser Anschlag war kein Zufall, kein symbolischer Akt – er war gezielter Terror.**

Wer die Energieversorgung einer Millionenstadt angreift, greift den Staat an. Wer Blackouts verursacht, setzt Angst und Gewalt als politische Mittel ein. Das ist eine neue Qualität linksextremistischer Gewalt in Berlin – professionell geplant, organisiert und mit maximalem Schadenspotenzial.

Der Versuch, diesen Anschlag im Bekennerschreiben als „Notwehr“ oder „gemeinwohlorientiert“ zu rechtfertigen, zeigt die ganze Menschenverachtung linksextremistischer Ideologie. Gewalt wird nicht als letztes Mittel, sondern als legitimes politisches Instrument verstanden. Linksextremismus richtet sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung – und er ist bereit, Menschenleben zu opfern.

Für die CDU Berlin gilt: Es gibt keine Grauzonen. **Terror bleibt Terror** – unabhängig von der ideologischen Verpackung. Es gibt keinen entschuldbaren Extremismus. Wer Gewalt legitimiert, verharmlost oder gar verschweigt, stellt sich außerhalb des demokratischen Grundkonsenses.

Berlin steht vor einer realen sicherheitspolitischen Bedrohung. Die linksextremistische Szene wächst, sie radikalisiert sich weiter und agiert zunehmend professionell, konspirativ und vernetzt. Angriffe auf Polizei,

Rettungskräfte und kritische Infrastruktur zeigen: **Linksextremismus ist längst kein Randphänomen mehr, sondern eine konkrete Gefahr für Staat und Gesellschaft.** Unsere Antwort wird konsequent, präventiv und durchsetzungsstark sein.

**Linksextreme Strukturen müssen systematisch zerschlagen, ihre Netzwerke offengelegt und ihre Unterstützer benannt werden.** Vereine, Gruppen und Institutionen, die linksextremistische Ziele verfolgen oder mit entsprechenden Akteuren kooperieren, müssen rechtsstaatlich verboten werden – in Berlin und bundesweit.

**Der Staat darf Extremisten und ihre Unterstützer nicht finanzieren.** Organisationen und Projekte mit extremistischem Bezug dürfen keine öffentlichen Mittel erhalten. Förderpraxis und Prüfverfahren müssen verschärft, Regelungslücken geschlossen werden. Das gilt für jede Form des Extremismus – ohne Ausnahme.

**Unsere Sicherheitsbehörden müssen handlungsfähig sein.** Der Landesverfassungsschutz und das Landeskriminalamt benötigen ausreichende personelle, technische und rechtliche Mittel, um Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Extremistische Aktivitäten verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum – unsere Sicherheitsarchitektur muss darauf eingestellt sein. Effektive Datenspeicherung, moderne Analyseinstrumente und zeitgemäße Ermittlungsbefugnisse sind unerlässlich.

Der Anschlag vom 3. Januar hat zudem die besondere Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen offengelegt. Energie-, Wasser-, Wärme- und Kommunikationsnetze sind potenzielle Ziele extremistischer Angriffe. Der Schutz dieser Infrastrukturen ist Kernaufgabe staatlicher Sicherheitsvorsorge. **Prävention, physische Sicherung, IT-Sicherheit und Krisenreaktionsfähigkeit müssen deutlich gestärkt werden.**

Dabei gilt: **Transparenz endet dort, wo Sicherheit gefährdet wird.** Informationsfreiheits-, Transparenz- und Open-Data-Regelungen dürfen keine Baupläne für Sabotage liefern. Sensible Informationen über Lage, Aufbau und Schwachstellen kritischer Infrastrukturen müssen wirksam geschützt werden. Offenlegungspflichten sind dort zu überprüfen und anzupassen, wo sie Risiken schaffen.

Die CDU Berlin unterstützt ausdrücklich die **Stärkung des Schutzes kritischer Infrastrukturen auf Bundesebene durch das KRITIS-Dachgesetz.** Verbindliche Schutzstandards, verpflichtende Notfallkonzepte und klare Zuständigkeiten sind zwingend notwendig, um staatliche Handlungsfähigkeit in Krisenlagen zu sichern. Ebenso zentral ist die politische Klarheit. Die CDU Berlin erwartet von allen demokratischen Kräften eine eindeutige Distanzierung von linksextremistischer Gewalt. **Wer Straftäter relativiert oder ideologisch rechtfertigt, schwächt den Rechtsstaat und gefährdet die Sicherheit der Menschen.**

Unsere Haltung ist eindeutig:

Berlin ist eine freie Stadt – aber keine wehrlose. Wir verteidigen Sicherheit, Rechtsstaat und kritische Infrastruktur mit Entschlossenheit. Gegen linksextremistischen Terror gibt es keine Toleranz, keine Ausreden und keinen politischen Rabatt.